

Violetta Urbaniak: Zamoyszczyzy bez Zamoyskiego. Studium dekompozycji ugrupowania politycznego. [Die Anhänger Zamoyskis ohne Zamoyski. Eine Studie über den Zerfall einer politischen Gruppierung.] Wydawnictwo DiG. Warszawa 1995. 166 S.

Die auf umfangreichen Archivmaterialien beruhende Arbeit – sie befinden sich u. a. im Hauptarchiv Alter Akten in Warschau und im Staatsarchiv Krakau – beleuchtet den Einfluß der Anhänger des Kanzlers und Krongroßhetmans Jan Zamoyski nach dessen Tod (1605) auf die Politik der Adelsrepublik. Nach einer kurzen Betrachtung des Zerwürfnisses Zamoyskis mit dem zunehmend nach Selbstherrschaft strebenden König Sigismund III. werden die wichtigsten Repräsentanten der Anhängerschaft des Kanzlers vorgestellt: der Kronhetman und Lemberger Kastellan Stanisław Żółkiewski, der Lubliner Wojewode Marek Sobieski, der Kulmer Starost Mikołaj Urowiecki, Mitglieder der einflußreichen Familien Firlej und Ostrogski, der litauische Großhetman Krzysztof „Pioruń“ Radziwiłł und dessen Sohn Janusz sowie der Krakauer Wojewode Mikołaj Zebrzydowski. Der Rückzug Zamoyskis vom königlichen Hof in das von ihm gegründete Zamość bedeutete jedoch nicht den Verzicht auf politische Einflußnahme. Vielmehr versuchte er mit Hilfe seiner Parteigänger, seine Position beim Adel und den Landtagen zu festigen. Insgesamt muß man von einer gemäßigten Opposition des Kanzlers sprechen, die sich u. a. gegen die enge Bindung Sigismunds an Habsburg und dessen Livlandpolitik richtete. Dieser hatte inzwischen seine Stellung durch die Berufung ihm ergebener Persönlichkeiten in einflußreiche Ämter entscheidend verbessern können.

1606 kam es zur entscheidenden Trennung der Zamoyski-Anhänger; keiner konnte das Erbe des Verstorbenen antreten. Im Lager der Opposition nahmen Resignation und Passivität zu, was den Intentionen des Monarchen zugute kam. Diese Situation förderte die Bildung einer neuen Gruppierung, die ihren Status erhalten oder erweitern wollte und dabei auf die Gunst Sigismunds setzte. So traten vor allem Geistliche wie die Bischöfe Piotr Tylicki, Wojciech Baranowski und Szymon Rudnicki auf die Seite des Königs über. Die Dekomposition der Gefolgschaft des verstorbenen Kanzlers machte solche Fortschritte, daß sie auf dem Reichstag 1606 nicht mehr geschlossen auftreten konnte. Eine Ausnahme bildete Zebrzydowski, der die Beschäftigung Żółkiewskis mit der Abwehr der Tataren zur Erweiterung seines Einflusses unter dem oppositionellen Adel ausnutzte. In kurzer Zeit gelang ihm der Aufbau einer neuen Partei, die über ein beachtliches militärisches und finanzielles Potential verfügte.

Einen weiteren Schwerpunkt der Darstellung bildet die Skizzierung der Ursachen, die zu diesen Veränderungen geführt haben. Neben politischen sind vor allem konfessionelle Aspekte zu beachten, waren doch viele Anhänger Zebrzydowskis wie Janusz Radziwiłł in Litauen Calvinisten oder gar Arianer. Auch tolerante Katholiken, denen die von den Jesuiten bestimmte starre Haltung Sigismunds mißfiel, scharten sich um den neuen Anführer. Diese Entwicklung begünstigte die Polarisierung in den inneren Verhältnissen der Adelsrepublik. Gerade im mittleren Adel betrachteten viele Zebrzydowski als den Sachwalter ihrer Interessen. Dieser sah zwar den verstorbenen Kanzler als Vorbild, versuchte aber als eigenständiger Führer der Opposition hervortreten und radikale Elemente zu gewinnen, wobei er allmählich die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verlor.

Die Vf.in stellt abschließend fest, daß es trotz dieser Entwicklung nicht zur völligen Auflösung der Bindungen innerhalb der alten Zamoyski-Gefolgschaft gekommen ist. Das zeigte sich nach der Niederlage der Opposition bei Guzów, als dank der Vermittlung Żółkiewskis und der Bischöfe von Krakau und Kujawien eine Einigung mit der Krone erzielt werden konnte, die den König vor repressiven Maßnahmen gegenüber dem aufständischen Adel weitgehend zurückhielt. Sigismund III. verzichtete auf seine Pläne hinsichtlich einer absolutistischen Herrschaft, und die Rolle des Adels im Dop-

pelreich Polen-Litauen blieb gewahrt. Damit waren wichtige Voraussetzungen für die Etablierung der Adelherrschaft im 17. und 18. Jh. in diesem Staat geschaffen worden.

Berlin

Stefan Hartmann

Michael H. Bernhard: The Origins of Democratization in Poland. Workers, Intellectuals, and Oppositional Politics, 1976-1980. Columbia University Press. New York 1993. XV, 298 S., \$ 20.50.

Helmuth Fehr: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Leske + Budrich. Opladen 1996. 440 S.

Die Frage nach den Anfängen jenes vielschichtigen Erosionsprozesses, der am Ende zur Ablösung des sozialistischen Systems geführt hat, ist seit 1989/90 zu einem bevorzugten Gegenstand zeithistorischer, politologischer und sozialwissenschaftlicher Forschungen geworden. Die schrittweise Aushöhlung des Herrschaftsmonopols der Kommunistischen Parteien, wie sie in Polen verstärkt bereits seit der Mitte der 1970er Jahre zu beobachten war, wird dabei häufig als ein Prozeß der Wiederaneignung von öffentlichen Räumen, der Rekonstitution von ‚public space‘ gedeutet, die ihrerseits zur Wiedererrichtung einer ‚civil society‘ geführt habe. Dieser Ansatz liegt auch der Studie Michael H. Bernhards zugrunde. In konziser Darstellung untersucht der amerikanische Politologe die Formierung und Entwicklung institutioneller Opposition in Polen in den Jahren 1976 bis 1980. Hierzu analysiert er sorgfältig die Juni-Streiks des Jahres 1976 und das durch die brutale Niederschlagung dieses – wiederholten – Arbeiterprotests ausgelöste Engagement Warschauer Intellektueller, das sich in einem ‚Komitee zur Verteidigung der Arbeiter‘ (KOR) manifestierte, um anschließend rasch über Warschau hinauszuwirken und zum entscheidenden Katalysator der polnischen „self-liberation of Civil Society“ zu werden. Neben den im inneren Oppositionskern wirkenden Intellektuellen, dem 1978 in ‚Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung‘ (KSS-KOR) umbenannten Zirkel, gilt B.s Interesse vor allem den sich u. a. in ‚Komitees für die Gründung freier Gewerkschaften‘ engagierenden Industriearbeitern. Gerade ihre zahlenmäßig hohe Beteiligung an der gesellschaftlichen Selbstorganisation machte, wie B. zu Recht betont, den einzigartigen Charakter der polnischen Oppositionsbewegung der 1970er–1980er Jahre aus. Bis zur Streikwelle des Sommers 1980 erreichte der „process of social learning and organizational development“ im oppositionellen Milieu dann jenen Reifegrad, der es der neuen Arbeiter-Gegenelite im Bündnis mit der intellektuellen Gegenelite ermöglichte, den erkämpften „public space“ nicht nur erfolgreich gegen den Partestaat zu verteidigen, sondern in einem Abkommen über die Legalisierung freier Gewerkschaften darüber hinaus auch den Weg zur rechtlichen Anerkennung anderer Formen autonomer sozialer Selbstorganisation zu eröffnen.

Der weitere Prozeß dieser gesellschaftlichen Selbstorganisation und der fortgesetzten Formierung einer polnischen Gegen-Öffentlichkeit während der 1980er Jahre steht im Zentrum der Untersuchung von Helmut Fehr, deren Schwerpunkt auf den Jahren 1988–1990 liegt. Was diese in hohem Maße auf „Feldarbeit“ (d. h. Interviews mit Schlüsselpersonen) gestützte Studie über die sich auf Straßen und Plätzen, in politischen Klubs, Diskussionszirkeln, Untergrundmedien und „fliegenden Universitäten“ entwickelnde polnische Bürgerbewegung besonders interessant macht, ist der systematische Vergleich mit der Bürgerbewegung in der DDR.

Indem F. beide Phänomene – vornehmlich am Beispiel der dominierenden Akteure des Umbruchs des Jahres 1989, der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und der Gruppe „Neues Forum“ – als „kontrastierende Fallbeispiele“ untersucht, gelingen ihm wichtige Einsichten in die spezifischen Entstehungsbedingungen, sozialen Träger und Handlungsweisen der jeweiligen Protestbewegungen. Dabei weist der Vf. interessante Parallelen und wichtige Unterschiede nach. Beide Erscheinungen erwiesen sich als ein